

# Uruguay zwischen Terror und Ausnahmezustand

## Ein Bericht aus Anlaß der Präsidentenwahlen

Die Präsidentschaftswahlen, die Ende November in Uruguay stattfanden, lenkten das internationale Interesse auf den kleinen Staat, der vor seiner um 1954 einsetzenden Wirtschaftskrise allgemein als die „Schweiz Südamerikas“ bezeichnet wurde. Der vorläufige Ausgang der Wahlen enttäuschte alle diejenigen, die sich mit dem Sieg der neugebildeten Volksfront *Frente Amplio*, einem Zusammenschluß der Kommunisten, Christdemokraten, Sozialisten und linker Splitterparteien, ein „zweites Chile“ erhofft hatten, und beruhigte die anderen, die ein „zweites Chile“ fürchteten. Der Kandidat des *Frente Amplio*, General *Liber Seregni*, blieb mit 271 339 Stimmen an dritter Stelle weit hinter den beiden traditionellen Parteien zurück. *J. Bordaberry*, Kandidat der bisherigen Regierungspartei, der bürgerlich-liberalen „*Colorados*“, gewann die Wahl mit 594 800 Stimmen vor *Wilson Ferreira Aldunate* (583 894 Stimmen), dem Kandidaten der Nationalpartei (*Blancos*). Das endgültige Ergebnis der Wahlen wird erst im Februar feststehen, da rund 100 000 Stimmen von den Wahlgerichten beanstandet wurden. Bei einem Vorsprung von nur 9000 Stimmen auf der Seite der *Colorados* ist es theoretisch möglich, daß sich die Wahl noch zugunsten der *Blancos* entscheidet. Praktisch aber ist die Wahl längst entschieden: *Bordaberry*, der als Strohhalm des bisherigen Präsidenten *Pacheco Areco* fungiert, verkündet bereits sein Regierungsprogramm. Bezeichnend für die Manipulationen der Regierung, die dem offiziellen Kandidaten zum Sieg verhelfen mußten, war das *Verschwinden von über 100 Wahlurnen* in Montevideo und im Inneren des Landes, das kurz nach der Wahl vom Innenministerium mitgeteilt wurde (vgl. *Noticias Aliadas*, 18. 12. 1971). Mittlerweile wurden größere Mengen von Stimmzetteln auf Müllplätzen gefunden. Die Parteiführung der *Blancos* hat beim Wahlgerichtshof eine Klage wegen Unstimmigkeiten bei den Wahlen eingereicht.

Das Regierungsprogramm *Bordaberrys* bringt unverschleiert zum Ausdruck, daß der harte Kurs des Präsidenten *Pacheco* nicht nur gegen die Inflation, sondern gegen den Kommunismus und gegen die Stadtguerillas fortgesetzt werden soll. Schärfere Repressionsmaßnahmen sind die Hauptpfeiler seines Programms. Mit der von seinem Vorgänger etablierten *Pressezensur* nicht zufrieden, will *Bordaberry* auch die *Predigten* in den Kirchen unter staatliche Zensur stellen. Seine Ansicht ist, daß der Großteil des uruguayischen Klerus mit der Volksfront sympathisiere und einzelne Priester sogar aktiv die *Tupamaros* unterstützten. Indem er sich selbst in einer Rede als „überzeugten Katholiken“ bezeichnete, betonte er seine Hoffnung auf eine Besserung der uruguayischen Kirche, die „schwere politische Irrtümer“ begangen habe (*Noticias Aliadas*, ebd.).

Die uruguayischen Stadtguerillas, die *Tupamaros*, die vor den Wahlen ihre Aktionen eingestellt hatten, um dem *Frente Amplio*, mit dessen Reformzielen die Untergrundbewegung im politisch Wesentlichen übereinstimmt, nicht

bei der Wahl zu schaden, machen wieder Schlagzeilen in der internationalen Presse. Man hatte damit gerechnet, daß die *Tupamaros* sich bis zur Bekanntgabe des definitiven Wahlergebnisses ruhig verhalten würden, aber zwei Tage vor Weihnachten wurde von ihnen das Gebäude des vornehmsten Vereins Montevideos, des Golfclubs *Punta Carretas*, in die Luft gesprengt, und Anfang Januar besetzten die *Tupamaros* die Rundfunkstation *Sarandi*. In einer über den Sender verlesenen Erklärung wurde dem Präsidenten *Pacheco* vorgeworfen, die bisher „schmutzigsten Wahlen“ in Uruguay veranstaltet zu haben.

## Politische und wirtschaftliche Entwicklung

Seit 1966 haben sich in Uruguay einschneidende Veränderungen vollzogen; das Stadtbild der Hauptstadt Montevideo nahm binnen kürzester Zeit einen leblosen, ärmlichen Charakter an. Die Politik von *Pacheco Areco*, der im Dezember 1967 nach dem plötzlichen Tod des Präsidenten *Gestido* über das Amt des Vizepräsidenten zur Macht gelangt war, hat Uruguay in vier Jahren an den Rand der Existenzunfähigkeit getrieben. Diese Entwicklung erscheint um so bedenklicher, als Uruguay noch vor zwanzig Jahren sehr wohlhabend war und mit seiner stabilen Währung eine Ausnahme unter den lateinamerikanischen Ländern bildete.

Uruguay ist ein Land mit einer überwiegend *agrarischen Produktionsstruktur*. 87% der Exporte entfallen auf Produkte aus Ackerbau und Viehzucht; zudem basiert über die Hälfte der uruguayischen Industrieproduktion auf der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe (Fleischaufbereitung, Textilien, Lederverarbeitung, Milchprodukte, Konservenindustrie). Allerdings werden nur 25% der Bodenfläche von 187 000 km<sup>2</sup> intensiv genutzt, so daß sie zur Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft beitragen. 60% der landwirtschaftlichen Betriebe sind unrentable *Minifundios* (860 000 ha), wogegen 60% der Bodenfläche (9 400 000 ha) im Besitz großer *Latifundien* ist. (Vgl. Hans-Jürgen Puhle: Politik in Uruguay, in: Vierteljahresberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Sonderheft 1, 1968, S. 9.)

Die Agrarproduktion *stagniert* seit etwa 30 Jahren. Dies hat seinen Grund in fehlenden Investitionen des Staates und in der zunehmenden Landflucht der Bevölkerung. Bei einer gegenwärtigen Gesamtpopulation von 2 748 700 Einwohnern wohnen 80% in Städten, und allein in Montevideo fast 50% (1 202 757 Einwohner).

Den größten Reichtum des Landes bilden die Rinder- und Schafherden, deren Stückzahl aufgrund der extensiven Produktionsweise der Großviehzüchter und des zunehmenden Viehschmuggels nach Brasilien sich seit 1908 nicht wesentlich erhöht hat. Dadurch wurde eine Steigerung im wichtigsten Exportsektor unmöglich. Die Zunahme des Sozialprodukts betrug im Jahre 1966 2,6%.

Damit lag Uruguay noch unter dem Durchschnitt für Lateinamerika (3%). Hierbei betrug der Zuwachs im Industriesektor 0,8%, auf dem landwirtschaftlichen Sektor 10,8% und auf dem Dienstleistungssektor 1,4% (vgl. Puhle, a. a. O., S. 12). Da die Bevölkerung gegenüber diesem geringen Produktionszuwachs (verglichen mit den übrigen Ländern Lateinamerikas) einen unverhältnismäßig hohen Lebensstandard und übermäßige Konsumgewohnheiten aus den Zeiten des Wohlstandes beibehalten hat, lebte man hier buchstäblich „über seine Verhältnisse“.

Der wirtschaftliche Höhepunkt Uruguays, das erst 1828 seine Unabhängigkeit erworben hatte, begann in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts, in denen der Export von Konserven und Gefrierfleisch einen bedeutenden Aufschwung nahm. In diese Zeit fiel die Regierung des liberalen Politikers *José Batlle y Ordoñez* (1903—1907/1911 bis 1915), dem es gelang, die Großgrundbesitzer aus ihren Vormachtstellungen zu verdrängen und in Uruguay die Struktur eines modernen Staates zu schaffen. Sein Ziel war die Umverteilung des Besitzes und die Schaffung eines umfassenden Verwaltungsapparates. Zu einer geschickten Nationalisierungs- und Steuerpolitik kam eine soziale Gesetzgebung, wie sie damals noch nirgends in Europa existierte. Sie stellt heute noch eine Ausnahme in ganz Lateinamerika dar. Zu dieser Gesetzgebung gehört z. B., daß sich Staatsbeamte schon nach 20 Dienstjahren pensionieren lassen können, darüber hinaus können Familienmütter schon nach 5 Dienstjahren eine Pension erhalten. Dies hatte eine ungeheure *Aufblähung des Staatsapparates* zur Folge, die auch gegenwärtig noch besteht und die bei der aktuellen Verschuldung des Staates, dessen Budget durch die volle Finanzierung des Erziehungswesens ohnehin stark belastet ist, nicht mehr tragbar erscheint.

Von 1938 bis 1959 stieg die Zahl der *Beamten* von 58 000 auf 193 000 an, die Zahl der Pensionäre dagegen erhöhte sich in der Zeit von 1948 bis 1959 von 45 470 auf 114 437. Bei einer Geburtenzuwachsrate von 2,2% im Jahre 1971 und gleichzeitiger Auswanderung des akademischen Nachwuchses bei steigender Lebenserwartung der Bevölkerung (Männer: 69 J., Frauen: 74 J.) ist es nicht verwunderlich, daß die Zahl der Pensionäre in Uruguay sich in den letzten Jahrzehnten verdreifacht hat. Es ist an der Tagesordnung, daß der Staat mit der Zahlung der Pensionen und Gehältern um Monate im Rückstand ist, so daß die meisten Uruguayer gleichzeitig mehrere Berufe ausüben. Zu letzterem sind sie auch durch die galoppierende *Inflation* der letzten 10 Jahre und die hohen Preissteigerungen (in der Zeitspanne 1967/68 stiegen die Lebenshaltungskosten um 100%) gezwungen worden. Nach den beiden Weltkriegern und dem Koreakrieg, durch die eine erhöhte Nachfrage nach Fleisch und die Zahlung von Spitzenpreisen gewährleistet war, zeigten sich erste Symptome einer Wirtschaftskrise.

Die Gewinne dieser Wohlstandsperiode, die allein im Zweiten Weltkrieg über 100 Millionen Dollar betrugten, hatten zur Hebung des Lebensstandards und zum Anwachsen des Mittelstands geführt sowie zur schnelleren Entwicklung der Industrie, die während der Weltwirtschaftskrise aufgebaut worden war. So zeigt eine Statistik von 1960 die folgende Verteilung auf soziale Schichten in Montevideo: Großbürgertum (6%) — Mittelstand (64%) — Arbeiterklasse (30%) (vgl. *A. Labrousse*,

Die *Tupamaros*, Stadtguerillas in Uruguay, München 1971, Reihe Hanser 65, S. 19). Zu dem wachsenden Binnenkonsum in Uruguay, der zugunsten des Exports eingeschränkt werden mußte, kam in den ersten Krisen Jahren durch eine Reihe von Naturkatastrophen, die einen 10%igen Verlust des Viehbestandes verursacht hatten, die Unfähigkeit der Viehzüchter zur Exportsteigerung. Das ständige Sinken der Fleischpreise auf dem Weltmarkt bei gleichzeitigem Preisanstieg der Industrieprodukte verminderte das Importvolumen Uruguays. Während anfangs der Großteil der Exportgewinne in der uruguayischen Industrie investiert worden war, setzte zwischen 1962 und 1967 aus Angst vor den Folgen der Krise eine zunehmende Kapitalflucht in die USA ein. Schätzungsweise betrug das im Ausland angelegte Kapital 292 Millionen Dollar. Das war das Fünffache des Handelsbilanzdefizits in dieser Zeitspanne. Die Antwort auf die Importsteuern der Regierung waren illegale finanzielle Operationen und hemmungslose Spekulationen. Die Auslandsverschuldung des Staates stieg enorm an. Schon 1967 erreichte sie die Höhe von 500 Millionen Dollar. Die Lebenshaltungskosten wurden derart hochgetrieben, daß die Folge ein Generalstreik war. Danach erreichte die in Uruguay schon traditionelle Inflation ihren ersten Rekord: im November 1967 erhöhte sich der Wechselkurs für einen Dollar, der 1952 noch 2,75 uruguayische Pesos wert war und 1965 auf 56 Pesos gestiegen war, von 99 auf 200 Pesos.

### Uruguay unter Pacheco

In diese Krisensituation fiel der Tod des Präsidenten Gestido und die Machtübernahme durch den damaligen Vizepräsidenten Pacheco Areco. Pachecos Politik läßt sich mit wenigen Stichworten kennzeichnen: „Belagerungszustand seit fast drei Jahren, scharfe Pressezensur, ständige Umgehung des Parlaments und eine Wirtschaftspolitik, die mit harten antiinflationären Maßnahmen begonnen hatte, um schließlich, kurz vor den Wahlen, durch Lohnerhöhungen die Inflation wieder galoppieren zu lassen“ (*C. Widmann* in *SZ*, 7. 1. 72). Die Situation von 1967 forderte eine grundlegende Reform der wirtschaftlichen und administrativen Strukturen in Uruguay. Die nationale Planungskommission CIDE (*Comisión de Inversiones y Desarrollo Económico*) hatte Mitte 1966 den ersten *nationalen Entwicklungsplan* vorgelegt, der für die kommenden 10 Jahre zunächst Infrastrukturmaßnahmen und eine kurze Stabilisierungsphase vorsah. An diese sollten sich eine Agrarreform, Sozialreform, Verwaltungsreform, monetäre und Steuerreform anschließen (vgl. Puhle, ebd. S. 15 f.).

Unter der Regierung Pachecos geschah jedoch nichts weniger als eine Reform der traditionellen Strukturen in Uruguay, durch die allein eine Verbesserung der Situation auf weitere Sicht möglich gewesen wäre. Pacheco konzentrierte sich, nachdem er im April 1968 eine erneute Abwertung des Pesos hatte erklären müssen, die den Wechselkurs von 200 auf 250 ansteigen ließ, auf die radikale Bekämpfung der Inflation und beschloß im Juni 1968 die *Einfrierung der Preise und Löhne*. Diese Maßnahme führte zur völligen Lähmung der wirtschaftlichen Entwicklung in Uruguay, während das Kapital der Großgrundbesitzer, Bankiers, Exporteure und Spekulanten, mit deren Unterstützung Pacheco sein Regime errichtete

und denen er die wichtigsten Ministerposten übertrug, schwindelnde Höhen erreichte. Der Anschlag der Tupamaros auf die Kreditgesellschaft *Monty* (16. 2. 69) und der dieser Aktion folgende Skandal, der Betrügereien von mehreren 10 Millionen Dollar enthüllte und in den mehrere Minister verwickelt sind, gab der Öffentlichkeit einen ersten Einblick in die von der Regierung gedeckten Korruptionen. Während die Spekulation die Preissteigerungen immer mehr beschleunigte, blieben die Löhne tatsächlich konstant. Diese Entwicklung hatte eine wachsende Unzufriedenheit in der hiervon am stärksten betroffenen Mittelschicht zur Folge. Sie fand ihren Ausdruck in Studentendemonstrationen, die von den gleichzeitigen Unruhen in Frankreich im Sommer 1968 inspiriert wurden, und in einer Streikwelle, von der allmählich alle Bereiche erfaßt wurden. Angesichts dieser Situation ließ Pacheco am 13. 6. 1968 den *Ausnahmestand* verhängen, der gegenwärtig noch andauert.

Die erst 1966 erfolgte Verfassungsänderung, die dem Präsidenten auch das Recht zur Auflösung des Parlamentes gibt, ermöglichte Pacheco (laut Art. 168) die Ergreifung der „sofortigen Sicherheitsmaßnahmen“ bei inneren Unruhen. Mit diesem Tag lagen alle Rechte in Uruguay in der Hand des Präsidenten, der unter völliger Ausschaltung des Parlaments, in dem seine Partei — aufgrund der Eigenheit des uruguayischen Lema-Wahl-Systems — nur über eine Minderheit verfügte, und mittels einer Vielzahl verfassungswidriger Dekrete (insgesamt 264) regierte. Die Pressefreiheit in Uruguay wurde durch das Verbot aller linksgerichteten Zeitungen sofort beseitigt. Die in Montevideo zugelassenen Zeitungen erscheinen oft ohne Leitartikel und mit leerer Titelseite. Über bestimmte Themen, insbesondere über die Aktionen der Tupamaros, darf in Uruguay nicht publiziert werden. Beim Streik der Bankangestellten und der Arbeiter der UTE (Elektrizitätswerk u. Telefonvermittlung) griff Pacheco zur *Militarisierung* der Streikenden, einer bisher ungebräuchlichen Zwangsmaßnahme. Die Arbeiter wurden von Marinegruppen verhaftet, teils mißhandelt und in Kasernen eingesperrt und auf diese Weise zur Fortsetzung der Arbeit gezwungen.

Mit der Begründung, nur mit den härtesten Methoden könne die Gefährdung der staatlichen Sicherheit durch die Guerillabewegung MLN (Movimiento de Liberación Nacional = Tupamaros) bekämpft werden, motiviert Pacheco die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands und damit der absoluten Polizeigewalt. Großfahndungen mit Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, durch die sich die Einwohner von Montevideo immer stärker belästigt fühlten, Foltern und Mord an politischen Gefangenen nach dem Beispiel der Nachbardiktaturen, also Praktiken, die im offenen Widerspruch zur offiziellen Gerichtsbarkeit stehen, waren die Folge.

Das uruguayische Parlament hat mehrmals versucht, von seinem Recht, den Ausnahmezustand aufzuheben, Gebrauch zu machen, wurde aber stets durch die von Pacheco ausgesprochene Drohung der Parlamentsauflösung eingeschüchtert. Als mit dem Näherkommen der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen diese Drohung ihre Wirkung verloren hatte, hob das Parlament am 5. 3. 1970 — während der für die Abstimmung günstigen Konstellation der Parlamentsferien — den Ausnahmezustand auf. Einen Tag darauf wurde die Entscheidung jedoch von der Exekutive annulliert.

Trotz massiver Zwangsmaßnahmen konnte der anfangs bewunderte „harte Kurs“ des früheren Journalisten und Amateurboxers Pacheco nicht zur Verbesserung der Wirtschaftskrise beitragen: es gelang weder die Reduzierung der Auslandsschulden oder des Haushaltsdefizits noch die Eindämmung der Inflation (vgl. *M. Alisky: Uruguay*, New York 1970, S. 48 f.). So ist es nicht verwunderlich, daß er trotz der leichten wirtschaftlichen Erfolge in der ersten Hälfte des Jahres 1971 (vgl. Statistik in *Le Monde Diplomatique*, August 1971) an dem Plebiszit scheiterte, das dem Präsidenten durch Verfassungsänderung die Kandidatur im November 1971 und damit eine Verlängerung seiner Regierungszeit ermöglichen sollte. Mit dem Wahlsieg des von Pacheco für diesen Notfall vorgeschobenen Kandidaten Bordaberry bleibt jedoch zu erwarten, daß sich die politischen Verhältnisse im Lande in absehbarer Zeit wenig ändern.

## Die Aktivität der Tupamaros

Die vor neun Jahren gegründete Untergrundbewegung der „Tupamaros“, die seit 1966 bewaffneten Widerstand gegen das politische System in Uruguay leistet, ist die einzige Guerilla in Lateinamerika, der es gelungen ist, das Klima einer ständigen Gefährdung in Montevideo zu schaffen und zu einem beherrschenden Phänomen zu werden. In den Nachbarländern Paraguay, Brasilien und Argentinien wurden die Guerillagruppen liquidiert, ehe sie ihre Aktivität entfalten konnten, und die von „Che“ Guevara angeführte Guerilla in Bolivien wurde im Sommer 1968 durch Regierungstruppen niedergeschlagen.

Ihren Namen verdanken die Tupamaros dem am 18. 5. 1781 hingerichteten peruanischen Revolutionär Tupac Amará, der einen der größten Aufstände gegen die spanische Kolonialmacht organisiert hatte. Das Wort wurde, von den Kolonisatoren verballhornt und in den Plural gesetzt, zum Namen der Freiheitskämpfer in Lateinamerika. Als solche Rebellen verstehen sich auch die uruguayischen Tupamaros. Ihr erklärtes Ziel ist *eine Struktur- und Gesellschaftsreform* nach gewaltsamer *Zerstörung der bestehenden Strukturen*. Die Tupamaros sind sicher nicht, wie von der Regierung behauptet wird, der Grund für die Wirtschaftskrise in Uruguay, sondern eine ihrer Konsequenzen. Die Geschichte der Bewegung begann 1962 mit einem Protestmarsch der im Landesinnern unter menschenunwürdigen Bedingungen lebenden Zuckerrohrschneider auf Montevideo, welcher von dem Sozialisten *Sendic*, dem Begründer der MLN, organisiert wurde.

Bei der heutigen *Zusammensetzung* der Tupamaros sind die Vertreter des Arbeiterproletariats dagegen in der Minderheit. Die aktive Gruppe der Tupamaros (ca. 600 Personen) rekrutiert sich vorwiegend aus der Mittelschicht, insbesondere aus Intellektuellen und Studenten. Die Tatsache, daß es sich bei letzteren zum Teil um Söhne und Töchter der Oberschicht handelt, gibt der Organisation einen besonders gefährlichen Charakter. Die einzelnen verfügen über komplexe Kontakte zu politischen, wirtschaftlichen sowie Verwaltungskreisen. Deren Unterstützung hat nicht unwesentlich zum Erfolg der von den Tupamaros durchgeführten Aktionen beigetragen. Eines der sensationellsten Beispiele war der Ausbruch von 111 Tupamaros, darunter die ganze Führungsspitze, aus dem Staatsgefängnis Punta Carreta, der nur mit Hilfe der Gefängnisverwaltung realisierbar war. Die anfängliche

Aktivität der Tupamaros bestand in spektakulären Anschlägen — vorzüglich auf Luxusetablissemments und Treffpunkte der Oberschicht —, welche das Interesse und die Sympathie der Bevölkerung erregen sollen.

Zum gleichen Zeitpunkt begannen die Tupamaros mit der Bewaffnung und mit der technischen Ausbildung ihrer Mitglieder für den *Untergrundkampf*, die sich an der Methode für Stadtguerillas orientierte, die von dem brasilianischen Kommunisten Marighela entwickelt und in Havana publiziert worden war. Neben den für die Unterhaltung und Bewaffnung der illegalen Kämpfer obligaten Banküberfällen und Anschlägen auf Kasernen und Waffendepots — später kam der zunehmende Raub von Polizeiuniformen hinzu — sieht die *Methode Marighela*, die in den letzten Jahren internationale Verbreitung fand, die Entführung ausländischer Diplomaten als taktisches Druckmittel für die Freilassung gefangener Terroristen vor. Während sich die Banküberfälle in Uruguay in gewisser Kontinuität und aufgrund ihrer perfekten Organisation ohne Zusammenstöße mit der Polizei vollzogen, führten 1966 erstmalig zu bewaffneten Auseinandersetzungen und zu den ersten Toten.

Am 1. Juli 1968 kam es — als Reaktion auf die Militarisierung der UTE-Angestellten — zu einem Attentat auf den Sender Ariel. Im Juli des gleichen Jahres wurde *Pereyra Reverbel*, Direktor der UTE und persönlicher Berater Pachecos, von den Tupamaros entführt. In einem Kommuniqué wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt, Reverbel sei als „würdiger Vertreter des Regimes“ angesichts der von ihm verübten Ungerechtigkeiten durch die Volksjustiz verhaftet und zu einjähriger Zwangsarbeit im „Volksgefängnis“ verurteilt worden. Nach Jahresfrist tauchte Reverbel wieder auf, zwar physisch unversehrt, aber moralisch gebrochen (S. Labrousse, 96 ff.).

Der Fall wiederholte sich, als am 9. 9. 1969 nach einem ausgedehnten Streik auch die Bankangestellten militarisiert wurden. Am gleichen Tag wurde der Vertreter der Bankvereinigung von Uruguay, *Giampietro Pellegrini*, entführt. Als Bedingung für seine Freilassung wurde die Wiedereinstellung aller entlassenen Bankangestellten gefordert. Als nach zwei Monaten die Tage der Gefangenschaft der Zahl der Streiktage entsprachen, wurde er freigesetzt. Durch diese beiden Aktionen und den Finanzskandal um die Monty stieg die Sympathie für die Tupamaros, insbesondere in den bürgerlichen Kreisen. Auch bei der „Hinrichtung“ des amerikanischen Agenten und Guerilla-Spezialisten *Dan Mitrione*, der als Berater der Polizei nach Montevideo entsandt worden war, fanden die Tupamaros Zustimmung in der öffentlichen Meinung.

Dieser Vorfall vollzog sich auf folgendem Hintergrund: Bei der Besetzung der Stadt Pando, wo die Tupamaros erstmalig eine Aktion außerhalb des großstädtischen Terrains starten wollten, hatten sie eine schwere Niederlage erlitten. Mehrere Tupamaros wurden getötet, die übrigen gefangen und von der Polizei speziellen Torturen unterworfen. Als diese Torturen bekannt wurden, wurden die verantwortlichen Kommissare von den Tupamaros ermordet und der Richter, der den Prozeß gegen hundert Angehörige der Organisation geleitet hatte, entführt. Während der Fahndung nach dem Richter am 31. Juli 1970 wurden der AID-Experte Dan Mitrione und der brasilianische Konsul *A. Dias Gomide* entführt. Als Bedingung für die Freilassung beider wurde die Entlassung von 500 gefange-

nen Tupamaros gefordert. Die Regierung führte statt dessen eine Großfahndung durch, bei der weitere Führer der Bewegung gefangen wurden. Am 10. August 1970 wurde Mitrione, der die Folterungen und die effektiveren Kampfmethoden gegen die Tupamaros eingeführt haben soll und der mit der Spezialausrüstung und -ausbildung der Polizei für die Guerilla-Bekämpfung beauftragt war, erschossen aufgefunden. Der brasilianische Diplomat dagegen wurde später gegen ein Lösegeld seiner Familie entlassen, als die Tupamaros erkannten, daß die brasilianische Regierung — im Gegensatz zu früheren Entführungen — nicht auf die Provokation reagierte und, statt politischen Druck auf Pacheco auszuüben, ihm militärische Unterstützung für die Bekämpfung der Tupamaros zusagte. Der eine Woche später entführte amerikanische Wirtschaftsexperte *Cl. Fry* wurde im September 1970 gegen die Veröffentlichung eines Manifests der Tupamaros freigelassen. Der anschließend entführte britische Botschafter *G. Jackson* wurde nach der erfolgreichen Flucht der 111 Tupamaros aus dem Gefängnis Punta Carreta im September 1971 freigelassen, nicht zuletzt, um ein besseres „Wahlklima“ für die Volksfront zu schaffen.

### Die Haltung der Kirche

Die Tupamaros selbst bezeichneten in einem Dokument (vgl. FAZ, 26. 8. 71) neben den Studenten auch Vertreter der Kirche als die zuverlässigsten Helfer der Revolution. Diese Äußerung läßt zunächst an den Fall des Padre *Justo Asiain Márquez* und des Methodistenpastors *Emilio Castro* denken, die aufgrund ihrer aktiven Zusammenarbeit mit den Tupamaros im August 1970 festgenommen wurden. Sie waren entscheidend an der Entführung des brasilianischen Konsuls Gomide und des Nordamerikaners Fry beteiligt gewesen. Laut Aussage des Vizepräsidenten der methodistischen Kirche gehörte Fry zu den regelmäßigen Kirchgängern Castros. In einem Hirtenbrief vom 22. 11. 1970 hatten die Bischöfe die Gewalt als unchristlich und dem Evangelium widersprechend abgelehnt. Sie bezeichneten die Gewaltmaßnahmen der Tupamaros jedoch als „nicht schlechter“ als die durch Pacheco ausgelösten Repressionen. In den Augen des Erzbischofs von Montevideo, *C. Parteli*, der die nachkonziliare Linie der CELAM-Konferenz von Medellín vertritt, hat die Aktivität der Tupamaros auch positive Seiten, da durch sie manchmal *das öffentliche Gewissen* aufgerüttelt werde (vgl. Noticias Aliadas, 12. 12. 1970).

Die katholische Kirche hat in Uruguay nie eine Rolle gespielt, die etwa der einflußreichen Stellung der Hierarchie in Chile vergleichbar wäre. Durch die schon 1910 unter Batlle vollzogene *Trennung von Kirche und Staat* wurde sie in eine Ghettoexistenz gedrängt, aus der sie sich erst in den letzten Jahren zu befreien versuchte. Diese Situation führte bei der Mehrzahl der Gläubigen zu einer völligen Trennung von Glaubensleben und Alltagsleben. Die regierungsfreundlichen Gruppierungen empören sich über die von der Kirche heute verfolgte Pastoral- und Sozialreform, die ihrer Ansicht nach kommunistischen und revolutionären Charakters ist, und fordern die Beschränkung ihrer Aktivitäten auf den religiösen Bereich. Ihnen steht eine sozial engagierte linksradikale Gruppe — darunter katholische Studentenführer — gegenüber, die die Identifikation der Kirche mit den sozialpolitischen Idealen des uruguayischen Frente Amplio fordert. Wortführer der regimenahen Gruppe sind der Bischof von Tacuaremba

und die von der Regierung gesteuerte offizielle Presse, während der Erzbischof von Montevideo ein entschiedener Befürworter einer Wiederbelebung der Demokratie ist und sich für einen gemäßigten Sozialismus einsetzt (Noticias Aliadas, 26. 10. 1971).

Angesichts der Gespaltenheit innerhalb der katholischen Kirche wächst einerseits die Zahl der Resignierten, andererseits aber auch die Zahl derer, die versuchen, die Krisensituation zu überwinden. Diese Bemühungen finden ihren Ausdruck in den Zeitschriften *Perspectivas de Dialogo*, in der ein realitätsbezogener theologischer Dialog versucht wird, und *Vispera*, in der eine sozialistische Tendenz nationalistischer Färbung verfolgt wird.

Die schwierigste Aufgabe kommt in dieser Situation der Bischofskonferenz zu. Sie veröffentlichte anlässlich der Wahlen am 17. 9. 1971 ein Kommuniqué, in dem sie für eine notwendige soziale Erneuerung, jedoch ohne Gewalt und im Rahmen eines demokratischen Systems, eintrat (Noticias Aliadas, 29. 9. 1971). Der Hirtenbrief mit den

direkten Ermahnungen zur Wahl wies starke Ähnlichkeit mit der Publikation der chilenischen Bischöfe „*Evangelio politica y socialismo*“ (Santiago 1971, vgl. HK, Dezember 1971, 577 f.) auf. Die Bischöfe betonten die Vielfalt der möglichen politischen Entscheidung, ohne diese in irgendeiner Weise einzuschränken. Sie appellierten lediglich an das kritische Bewußtsein der christlichen Wähler. Sie warnten diese sowohl vor dem marxistischen Atheismus als auch vor den ausbeuterischen Tendenzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems und setzten sich für eine mit dem Christentum vereinbare Form des Sozialismus ein, in dessen Mittelpunkt das Allgemeinwohl des Volkes stehen müsse (NC News Service, 22. 9. 1971).

Der Blick in die Zukunft Uruguays stimmt nach dem vorläufigen Ausgang der Wahlen auch für die katholische Kirche bedenklich. Insbesondere die heftige Reaktion des Regierungskandidaten Bordaberry auf diese letzte Stellungnahme der Bischöfe deutet hin auf eine verschärfte Auseinandersetzung zwischen Kirche und Regierung, vielleicht schon in allernächster Zeit.

## Diskussion und Kontroverse

### Individuelle Ethik und gesellschaftliches Handeln

*Unter diesem Titel veröffentlichen wir im folgenden zwei Beiträge von Autoren, die aus sehr verschiedenen weltanschaulichen Richtungen kommen, die von sehr unterschiedlichen Denkformen geprägt sind und die sich einer durchaus gegensätzlichen Sprache bedienen. Der Schriftsteller G. Szczeny (München) versucht in einem zeiterkritischen Rückblick eine Begründung eines Ethos menschlicher Freiheit, das jede Heteronomie ablehnt, sich aber dennoch bewußt ist, daß menschliche Existenz sich „nach allen Richtungen hin“ übersteigt. Prof. W. Oelmüller (Münster) stellt, als Philosoph aus der wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzung kommend, Überlegungen zu einem Begründungsverfahren von Handlungszielen und Entscheidungskriterien zur Diskussion, in denen er sich prononciert gegen alle Versuche einliniger (monokausaler) ethischer Begründungssysteme wendet. Trotz der ganz verschiedenen Ansatzpunkte und Perspektiven ergeben sich zwischen den Autoren erstaunliche Übereinstimmungen: Gegenüber einer einseitigen Betonung der Vernunft nehmen beide Autoren, die sich von ihrem wissenschaftlichen bzw. weltanschaulichen Standort her um eine Weiterentwicklung der Aufklärungstradition bemühen, zugleich eine radikale Revision gängiger Aufklärungsverständnisse vor und bringen gegenüber vergewaltigenden Einseitigkeiten ideologischer Systeme den Menschen als ganzen ins Spiel. Beide Beiträge gehen auf Referate vor der Katholischen Akademie in Bayern zurück. Sie wurden unter dem Generaltitel „Normen in der pluralistischen Gesellschaft. Möglichkeiten einer Übereinkunft“ auf einer Tagung der Akademie in Regensburg (13./14. 11. 1971) vorgetragen und sind von den Autoren nochmals überarbeitet und gekürzt worden. Zu Szczenys Standort vgl. auch die Auseinandersetzung von B. Stöckle mit Szczenys Buch „Das sogenannte Gute“ (ds. Heft, S. 91). Oelmüllers Thesen zu einer Revision des Aufklärungs-*

*begriffes werden in seinem im Februar bei Patmos, Düsseldorf, erscheinenden Buch „Was ist heute Aufklärung?“ ausführlich entfaltet. Die Hervorhebungen im Text sind von der Redaktion.*

**Gerhard Szczeny**

### Pluralismus und moralische Existenz

Der Begriff „Pluralismus“ ist in den letzten zwei Jahrzehnten arg strapaziert worden, deckt aber dennoch einen wesentlichen Teil des Sachverhalts, um den es hier geht. In den westlichen Ländern stehen wir jedenfalls zwei Fakten gegenüber: 1. dem zumindest de jure gleichberechtigten Nebeneinander einer Vielfalt von religiösen, weltanschaulichen, politischen und kulturellen Gruppen, die alle sehr unterschiedlichen Glaubens- und Lebensmodellen anhängen, und 2. einem Menschen, dessen Selbstverständnis man ebenfalls ‚pluralistisch‘ nennen könnte. Er hat — wie die Gesellschaft als ganze — die Mannigfaltigkeit seiner subjektiven Talente und Bedürfnisse entdeckt und beansprucht, sie ausgelebt und befriedigt zu sehen.

Doch hier stoßen wir bereits auf die Grenze der Aussagefähigkeit des Begriffs „Pluralismus“, denn das, was das Bild, das der heutige Mensch von sich hat — ganz naiv von sich hat —, vom überlieferten Menschenbild unterscheidet, ist nicht einfach die Tatsache, daß er mehr Wünsche für moralisch gerechtfertigt hält als seine Vorfahren, sondern daß zu seiner Selbstdarstellung nun auch jene Bereiche gehören, die bisher prinzipiell nicht der ‚Humanitas‘ zugerechnet wurden. Das heißt, die Wendung vom hergebrachten zum neuen Menschenbild ist qualitativer Art. Nicht etwa nur als Gegenstand der Dichtung oder der Anthropologie, sondern auch als *politisches* und